

Fachkräftemangel? Für Bund kein Problem

Die zahlreichen Privilegien ziehen Arbeitnehmer an – und ärgern die Privatwirtschaft

DAVID VONPLOW, ERICH ASCHWANDEN

Ob Migros oder Coop, Handwerksbetriebe, Pharmaunternehmen oder IT-Dienstleister: Die ganze Schweiz sucht verzweifelt nach Fachkräften. Es mangelt an Spezialisten aller Art. Dabei gilt die Faustregel: Je höher die Qualifikation, desto grösser die Nachfrage.

Umso erstaunlicher ist, dass aus der Bundesverwaltung mit ihrem hohen Anteil an Akademikern kaum Klagen über Rekrutierungsprobleme zu vernehmen sind. Der Fachkräftemangel betreffe auch die Bundesverwaltung, heisst es zwar beim Eidgenössischen Personalamt (EPA), das für die Personalpolitik des Bundes zuständig ist. Die Zahl der offenen Stellen sei in den letzten Jahren jedoch relativ stabil geblieben.

Die Bundesbehörden könnten alle Aufgaben ohne Einschränkungen erfüllen, sagt der EPA-Sprecher Anand Jagtap. Bei Funktionen aus dem IT- und dem Medizinalbereich oder auch von spezialisierten Fach- und Führungsfunktionen dauere es tendenziell aber länger, bis man vakante Stellen besetzen könne.

Doch woran liegt es, dass der Bund eine Insel der Glückseligen ist, wenn es darum geht, neues Personal zu finden?



Egal ob Kadermitarbeiter oder einfacher Angestellter: Der Bund sorgt bestens für sein Personal.

PETER KLAUNZER / KEYSTONE

Verzerrter Arbeitsmarkt

Der Wirtschaftspräsident Christoph Schaltegger nimmt in seiner Forschungsarbeit derzeit die Beschäftigung der öffentlichen Hand unter die Lupe. Er sagt: «Die Löhne in der Bundesverwaltung sind im Durchschnitt deutlich höher als in der Privatwirtschaft – und das auch bei gleichen Funktionen und Qualifikationen.»

Das erlaube es den Bundesbehörden, eine besondere Art des sogenannten «cream skimming» zu betreiben, wie es im Ökonomen-Jargon heisst. Gemeint ist damit, dass der Bund dank attraktiven Salären die besten Arbeitskräfte am Markt absaugt. «Der Privatwirtschaft dagegen fehlt das Personal erst recht an allen Ecken und Enden», sagt Schaltegger.

Dass der Bund trotz Fachkräftemangel kaum Probleme bei der Rekrutierung bekundet, wertet der Wirtschaftswissenschaftler als starkes Indiz dafür, dass der Arbeitsmarkt verzerrt ist. Die überhöhten Saläre beim Staat würden die Unternehmen dazu zwingen, ebenfalls an der Lohnschraube zu drehen, wenn sie im Kampf um die Fachkräfte bestehen wollten. «Damit jedoch wird die Wettbewerbsfähigkeit der Firmen unterminiert», sagt Schaltegger.

Der Direktor des Instituts für Schweizer Wirtschaftspolitik (IWP) hat vergangenen Herbst mit einer Studie zur staatlichen Beschäftigung für Aufsehen gesorgt. Diese kommt zu dem Schluss, dass Bundesangestellte nicht nur immer mehr verdienen, sondern auch deutlich besser als die Kolleginnen und Kollegen in der Privatwirtschaft. Der durchschnittliche Jahreslohn beim Bund beträgt 117 000 Franken. Bei privaten Firmen sind es lediglich 89 000 Franken.

Zu einem Grossteil lässt sich dieser Unterschied damit erklären, dass beim Bund ein deutlich grösserer Teil der Angestellten – insgesamt 45 Prozent – einen Hochschulabschluss besitzt. Allerdings zeigt auch ein Vergleich der Durchschnittslöhne der Hochschulabgänger, dass der Lohn in der Bundesverwaltung immer noch 13 Prozent höher ist als in der Privatwirtschaft.

Wie lässt sich diese Kluft erklären? Der EPA-Sprecher Jagtap moniert, dass in der IWP-Studie ein Arbeitgeber mit knapp 40 000 Angestellten mit dem gesamten Privatsektor mit weit über vier Millionen Erwerbstätigen verglichen wird. «Es ist daher wenig überraschend, dass der Durchschnittslohn der Bundesverwaltung über jenem des gesamten Privatsektors liegt.» Zudem beruhe die Erhebung auf Lohndaten, die «rudimentär und wenig verlässlich» seien.

Auch Schaltegger räumt ein, dass die Studie bloss auf Rohdaten basiere

und nur beschränkt aussagekräftig sei. In einer Folgestudie, die in ein paar Wochen veröffentlicht werden soll, hat sein Institut nun die Löhne einer eingehenderen Analyse unterzogen und dabei gleichwertige Arbeiten und Funktionen miteinander verglichen. «Die Erhebung bestätigt unseren Befund, dass es eine Lohnschere zwischen Verwaltung und Privatwirtschaft gibt», sagt Schaltegger.

«Fast nur Supercracks»

Dass die Lohnschere immer weiter auseinandergeht, ist auch darauf zurückzuführen, dass beim Bund «fast nur Supercracks» arbeiten, wie Ueli Maurer vor drei Jahren ironisch sagte. Der damals oberste Personalverantwortliche beschrieb damit die Tatsache, dass bis zu 96 Prozent der Bundesangestellten von ihren Vorgesetzten als «gut» oder sogar «sehr gut» beurteilt werden. Diese Mitarbeitenden erhalten damit automatisch auch mehr Lohn, bis sie das Maximum ihrer Lohnklasse erreicht haben. Allein 2018 erhöhte sich die Lohnsumme der fast 39 000 Bundesangestellten um 41,6 Millionen Franken.

Der Finanzkommission des Nationalrats ist dieser Automatismus zwischen Lohnentwicklung und Leistungsbeurteilung nicht geheuer. Die Politiker verlangen, dass der Bundesrat eine Änderung prüft. Das dürfte sehr schwierig werden, wie ein 2022 veröffentlichter Bericht zeigt.

Wenig überraschend sind die Personalverbände «mit dem aktuellen Lohnsystem zufrieden und stellen keinen umfassenden Reformbedarf fest». Auch die Autoren des Berichts halten die Entkopplung der Leistungs- und Verhaltensbeurteilung von der Lohnentwicklung nicht für empfehlenswert. Änderungen schlagen sie nur bei Details vor.

Die satten Löhne und andere Vorteile führen dazu, dass es die Bundesverwaltung mittlerweile gar mit Konzernen wie Google und Novartis aufnehmen kann, was die Attraktivität der Arbeitsplätze angeht. Sie ist gemäss einer vor kurzem publizierten Erhebung der Beratungsfirma Universum bei Juristinnen und Juristen die beliebteste Arbeitgeberin, bei Geistes- und Sozialwissenschaftlern und Bildungsfachleuten belegt sie schweizweit Platz zwei und steht sogar in der Kategorie «Business» auf dem dritten Rang.

Die Befragungen von Universum zeigen auch, dass ein Job in der öffentlichen Verwaltung nicht zuletzt auch in der Gunst der Studienabgänger steigt, sei es bei Juristen, Naturwissenschaftlern,

«Die Bundesverwaltung ist wie ein Schwarzes Loch: Wer drin ist, bleibt drin.»

Rudolf Minsch
Chefökonom von Economiesuisse

Wirtschaftsstudenten oder gar Mediziner. Dass ein Staat im Ranking so weit vorne liege, sei weltweit einzigartig, sagt dazu Leo Marty, Geschäftsleiter von Universum Schweiz. Die Arbeitnehmer würden seit der Pandemie Jobsicherheit, Entlohnung und Work-Life-Balance stärker gewichten – das seien Attribute, die beim Bund hoch im Kurs stünden.

Dass der Staat immer mehr Talente anzieht, registriert man beim Wirtschaftsdachverband Economiesuisse mit Argwohn. «Der Franken-Schock, die Corona- wie auch die Ukraine-Krise zwingen die Unternehmen, ihre Kosten im Griff zu halten. Das bekam das Personal bei den Löhnen schmerzhaft zu spüren», sagt der Chefökonom Rudolf Minsch. Beim Bund dagegen habe es in den letzten Jahren keine Verschnaufpausen gegeben – die Löhne seien ohne Unterbruch in die Höhe geklettert.

Diese Kluft verstärkt sich weiter. Das Bundespersonal erhält für das Jahr 2023 einen Teuerungsausgleich von 2,5 Prozent. Ein Grossteil der Firmen in der Privatwirtschaft konnte sich nicht derart grosszügig zeigen. Bei vielen Firmen fiel der Teuerungsausgleich tiefer aus, oder es bleibt bei einer Einmalzahlung, die die Inflation nicht langfristig ausgleicht.

Es sei deshalb wenig überraschend, dass etliche Talente nun lieber beim Bund anheuert statt bei privaten Unternehmen, sagt Minsch. Seiner Meinung nach verschärft die Attraktivität des Bundes als Arbeitgeber nicht nur die Personalnot in der Privatwirtschaft. Auch werde dadurch die Zuwanderung befeuert. «Weil diese Arbeitskräfte den Unternehmen fehlen, sind sie gezwungen, ihr Personal zu einem grösseren Teil ins Ausland zu rekrutieren.»

Gleichzeitig komme es immer seltener vor, dass Bundesbeamte in die Privatwirtschaft wechselten und umgekehrt. «Die Bundesverwaltung ist wie ein Schwarzes Loch: Wer drin ist, bleibt drin», konstatiert Minsch. Viele heuerten beim Bund an, ohne Erfahrung in der Privatwirtschaft gemacht zu haben. Dies sei für das gegenseitige Verständnis nicht förderlich.

Die hohen Löhne sind dabei nicht der einzige Vorteil, mit dem der Bund punkten kann. Die Angestellten der Bundes werden laut Schaltegger auch dank zusätzlichen Leistungen besser gestellt – etwa dank der grosszügigen, überwiegend vom Arbeitgeber finanzierten Pensionskassenregelung, dem besseren Kündigungsschutz oder den flexiblen Arbeitsbedingungen, die Telearbeit und Home-Office erlauben.

Vor allem bei der Pensionskasse kommt im Laufe eines Berufslebens

ein erklecklicher Betrag zusammen. Die SVP hat ausgerechnet, dass ein Kaderangehöriger der Lohnklassen 24 bis 38 im Alter von 55 Jahren eine jährliche Altersgutschrift in der Höhe von 37,1 Prozent seines Bruttolohns erhält. Gesetzlich vorgeschrieben sind nur 18 Prozent.

Der Bundesrat lässt es sich also einiges kosten, damit sein Personal Beruf und Familie besser vereinbaren kann. Die Angestellten profitieren dabei gleich doppelt, kommt doch die neue Vorzugsbehandlung auf die bereits bestehenden Privilegien obendrauf. Alte Zöpfe lassen sich kaum abschneiden. Seit über dreissig Jahren erhält das Bundespersonal zusätzlich zum Lohn einen Ortszuschlag, der bis zu 5655 Franken im Jahr betragen kann.

Sämtliche Reformversuche blieben bisher erfolglos. Inzwischen akzeptieren sogar die Personalverbände, dass diese Differenzierung aufgrund der neuen Arbeitsformen und Arbeitsgewohnheiten nicht mehr zeitgemäss ist. Eine ersatzlose Streichung kommt für sie jedoch nicht infrage. Vielmehr haben die Personalverbände erfolgreich dafür gekämpft, dass die Ortszuschläge künftig ein fester Bestandteil des Lohns sind. Selbstverständlich gilt als Benchmark der höchstmögliche Ortszuschlag.

Bundesrat verteidigt Privilegien

«In den letzten Jahren ist ein ganzer Katalog von Luxusprivilegien für die Angestellten entstanden», sagt der SVP-Nationalrat Mike Egger. Damit soll nun Schluss sein. Seine Partei will diese «Vergoldung von Beamten» stoppen und hat mehrere parlamentarische Vorstösse eingereicht. Doch der Bundesrat sieht offenbar keinen Handlungsbedarf und lehnt sämtliche von der SVP eingereichten Motionen ab.

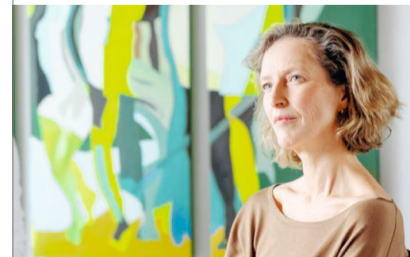
Die Partei greife einen einzelnen Aspekt der Anstellungsbedingungen heraus und wolle diesen anpassen. Die Anstellungsbedingungen seien jedoch ein Gesamtpaket. «Würde man nun nur an der «Stellschraube» berufliche Vorsorge eine Anpassung vornehmen, würde dies das Gesamtpaket verschlechtern und der Bund an Konkurrenzfähigkeit einbüßen», hält die Landesregierung fest.

Mike Egger ärgert sich über diese Haltung. «Das ist eine Frechheit. Der Bundesrat zementiert damit die Privilegien auf ewige Zeiten. Stellschrauben muss man ändern können», sagt der SVP-Politiker. Nur weil ihre Angehörigen einzelne Benefits verlören, würde die Bundesverwaltung nicht zusammenbrechen. Auch wenn die SVP mit ihrem Angriff auf die Beamtenprivilegien wohl scheitern wird, angesichts des wachsenden Arbeitskräftemangels in der Privatwirtschaft wird der Druck auf den Bund nicht so schnell abnehmen.

ANZEIGE

Alles dreht sich ums Nicht-Essen?

Anorexie hat tiefgreifende Auswirkungen. Reden wir darüber. Und tun wir etwas dagegen.



25 JAHRE
PRIVATKLINIK
AADORF

Privat
Klinik
Aadorf
Persönlich
und diskret.

klunik-aadorf.ch

Depressionen, Angststörungen, Burnout |
Essstörungen | Adipositas | Psychotherapie 50+